
Vorstoss-Nr: 074-2012
Vorstossart: **Postulat**
Eingereicht am: 22.03.2012
Eingereicht von: Jenk (Liebefeld, SP) (Sprecher/ -in)
Weitere Unterschriften: 29
Dringlichkeit:
Datum Beantwortung: 16.05.2012
RRB-Nr: 731/2012
Direktion: JGK



Umsetzung der Zweitwohnungsinitiative im Kanton Bern

Der Regierungsrat wird beauftragt, die Umsetzung der Zweitwohnungsinitiative nicht nur mit der Regierungskonferenz der Gebirgskantone, sondern auch mit den Initianten und Vertretern der Zweitwohnungsinitiative zu koordinieren.

Begründung:

Der Regierungsrat hat am 22. März 2012 per Medienmitteilung informiert, wie er sich das weitere Vorgehen bei der Umsetzung der Zweitwohnungsinitiative im Kanton Bern vorstellt. Auffällig ist, dass er sich mit der Regierungskonferenz der Gebirgskantone absprechen will, also jener Institution, die sich gegen eine rasch wirksame Umsetzung des Volkswillens wehrt. Im Gegensatz zu verschiedenen Bergkantonen hat die Bevölkerung im Kanton Bern und auch in verschiedenen direkt betroffenen Gemeinden der Zweitwohnungsinitiative zugestimmt. Aus Respekt gegenüber dem Volkswillen hat der Regierungsrat nicht nur mit den Vertretern der Gebirgskantone, sondern auch mit den Initianten und Vertretern der Befürworter der Zweitwohnungsinitiative nach Lösungen für eine zielgerechte Umsetzung der Zweitwohnungsinitiative zu suchen.

Es wird Dringlichkeit verlangt.

Antwort des Regierungsrates

Für den Regierungsrat ist der Dialog mit den Bundesbehörden, der Regierungskonferenz der Gebirgskantone, den im Kanton Bern besonders betroffenen Tourismusregionen und Gemeinden aber auch mit Befürwortern der Zweitwohnungsinitiative wichtig, um gemeinsam tragfähige Lösungen für die Umsetzung der Zweitwohnungsinitiative in der Schweiz und im Kanton Bern zu finden.

Die Vorsteherin des UVEK, Frau Bundesrätin Doris Leuthard, hat eine Arbeitsgruppe unter der Leitung des Bundesamtes für Raumentwicklung eingesetzt. Diese hat den Auftrag zu prüfen, wie der Zweitwohnungsbegriff verfassungskonform ausgelegt werden kann, wie die Übergangsbestimmungen zu verstehen sind und wie die Umsetzung ausgestaltet werden kann. Der Justiz-, Gemeinde- und Kirchendirektor, Christoph Neuhaus, ist als Vertreter der Bau-, Planungs- und Umweltdirektorenkonferenz Mitglied der Arbeitsgruppe, der auch Vertreter des Initiativkomitees angehören.

Schliesslich hat der Justiz-, Gemeinde- und Kirchendirektor eine Task Force zur Umsetzung der Zweitwohnungsinitiative im Kanton Bern eingesetzt, welcher Vertreter der betroffenen Regionen, der Volkswirtschaftskammer Berner Oberland sowie zweier Organisationen angehören, welche die Zweitwohnungsinitiative unterstützt haben (Pro Natura und Stiftung für Landschaftsschutz).

Damit wurde das Anliegen des Vorstosses bereits erfüllt.

Antrag: Annahme unter gleichzeitiger Abschreibung

An den Grossen Rat